

## Niederschrift

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 03.03.2022, 18:00 Uhr im Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen

### Tagesordnung

1. Bericht über den Bedarf an bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum aus Sicht der Quartiersentwicklung  
Vorlage: 2477/2022
2. Bericht über die künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit  
Vorlage: 2469/2022
3. Jahresbericht der Stadtbücherei für das Jahr 2021  
Vorlage: 2470/2022
4. Neuregelung der Kriterien für die Ausstellung von Schülerjahreskarten für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II  
Vorlage: 2471/2022
5. Bericht über das Aufnahmeverfahren an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2022/2023  
Vorlage: 2472/2022
6. Weiterführung der Sport- und Kulturkonferenz  
Vorlage: 2475/2022
7. Anfragen

### **Anwesend waren:**

#### Vorsitzende/r

1. Hans-Jürgen Benden

#### Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Karola Brandt
4. Christa Butenschön
5. Markus Diederer
6. Christoph Grundmann
7. Christina Hennen
8. Mario Karner
9. Bernhard Kozikowski
10. Peter Krückels

11. Pfarrerin Anne Lungová
12. Lars Speuser
13. Ruth Thelen
14. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

15. Uwe Böken
16. Jürgen Pallaske
17. Sebastian Stasch

Stellvertretendes Mitglied

18. Maria Beaujean Vertretung für Frau Judith Jung-Deckers

Sachkundige/r Einwohner/in

19. Heinz Pütz

Sachkundige/r Bürger/in

20. Sabine Bock
21. Toska Frohn
22. Elena Gerads
23. Pauline Kleinen
24. Manfred Peschen Vertretung für Herrn Frank Paulus
25. Melanie Savelsberg
26. Norwin Sommerfeld

von der Verwaltung

27. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
28. Hermann-Josef Lehnen
29. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
30. Anja Wallbaum

Protokollführerin

31. Irmtrud Penners

Ausschussvorsitzender Benden eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere Bürgermeisterin Ritzerfeld, den anwesenden Vertreter der Presse, Herrn Stüßler, Frau Zaharanski, Frau Hermanns-Wolter und Frau Hafers-Weinberg. Sodann stellte er die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Im Anschluss verlas Herr Benden eine Einwendung der Seniorenbeauftragten Frau Butenschön gegen die Niederschrift zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur. Der Ausschussvorsitzende verwies explizit darauf, dass die Einwendung wie üblich der Niederschrift zur 7. Sitzung beigelegt werde (siehe Anlage).

Herr Pütz bestand darauf, seinerseits die Schulung von Bankpersonal im Umgang mit älteren Menschen angeregt zu haben. Dies beziehe sich nicht nur auf Geilenkirchen und Bauchem, sondern darüber hinaus.

Frau Butenschön verließ daraufhin wortlos den Sitzungssaal.

Herr Benden bezog sich auf Kritik, die anlässlich der Ratssitzung am 07.12.2021 vorgetragen wurde, weil zu diesem Zeitpunkt die Niederschrift zur 6. Ausschusssitzung noch nicht vorlag.

Er teile diese Kritik und werde sich dafür einsetzen, dass der jeweiligen Schriftführerin bzw. dem jeweiligen Schriftführer amtsintern genügend Zeit für die Fertigung der Niederschrift zur Verfügung gestellt werde.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 2 nicht wie beabsichtigt, behandelt werden könne. Die Vorlage wurde vor zwei Wochen erstellt. Inzwischen habe sich die geopolitische Lage erheblich verändert und die ersten ukrainischen Flüchtlinge seien in Geilenkirchen angekommen. Es sei bereits jetzt absehbar, dass die von der Verwaltung geplante, personelle Umstrukturierung nicht umsetzbar wäre. Es werde daher vorgeschlagen, davon abzusehen, dass Frau Hermanns-Wolter den geplanten Bericht vortrage. Stattdessen werde die Verwaltung unter Punkt 2 über die aktuelle Lage berichten.

Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag einstimmig zu.

**TOP 1 Bericht über den Bedarf an bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum aus Sicht der Quartiersentwicklung  
Vorlage: 2477/2022**

Frau Hafers-Weinberg berichtete über ihre Arbeit als Quartiersentwicklerin. Viele Mieter hätten Probleme bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dies treffe insbesondere auf Alleinerziehende zu. U. a. seien auch zwei ausländische Studenten betroffen, die hier völlig fremd seien und auf dem Campus in Aachen keine Wohnmöglichkeit fänden. Problematisch sei, dass im März bereits ihr Visum ablaufe. In den Außenorten gebe es u. U. noch bezahlbaren, familiengerechten Wohnraum, jedoch sei dann die Nutzung eines PKW notwendig. Für das Quartier Bauchem würde eine Warteliste für 173 Wohnungsinteressenten geführt, die barrierefreien Wohnraum dringend suchen würden. Seit letztem Jahr gebe es einen Aufnahmestopp. Das Quartiersmanagement helfe Senioren, die nicht internetkundig seien, bei der Wohnungssuche auch außerhalb des Quartiers. Eine Recherche habe ergeben, dass für eine 58 m<sup>2</sup> große Wohnung 1000,00 € verlangt werde. Im gesamten Kreis Heinsberg gebe es 1073 barrierefreie Wohnungen. Bezahlbarer Wohnraum werde auch von jungen Familien gesucht. Durch Umbaumaßnahmen könnten ältere oder behinderte Menschen in ihrer jetzigen Wohnung verbleiben. In Neubaugebieten biete es sich an Mischbauten zu errichten.

Herr Grundmann dankte Frau Hafers-Weinberg für die fundierte Darstellung der Wohnungssituation in Geilenkirchen. Die vorgetragenen Zahlen seien erschreckend. Es sei nicht vorstellbar, wie eine kleine Rentnerin monatlich 1.000,00 € für die Miete aufbringen könne. Der Ausschuss habe sich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf die Fahnen geschrieben. Jetzt zeige sich, dass die diesbezüglichen Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und SPD seinerzeit ihre Berechtigung hatten.

Herr Speuser richtete ebenfalls seinen Dank an Frau Hafers-Weinberg für den informativen Vortrag.

Frau Brandt befand, man müsse sich Gedanken machen, wie man die Vorschläge zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum umsetzen könne. Dies erfordere Platz, insbesondere im Stadtzentrum. Evtl. ließen sich hier leerstehende Gewerbeimmobilien auch für den Umbau in Wohnraum nutzen. Um Wohnraum zu schaffen, brauche es Grundstücke und Investoren.

Herr Bani-Shoraka machte darauf aufmerksam, dass insbesondere Alleinerziehende mit ihren Kindern ein großes Einkommensrisiko trügen. Er vermisse Lösungsansätze für diese Personengruppe.

Ausschussvorsitzender Benden wies darauf hin, dass auch diesbezüglich Konsens im Ausschuss und in den Fraktionen herrsche. Man sei auf einem guten Weg, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Bürgermeisterin Ritterfeld bestätigte, das Thema werde fraktionsübergreifend angegangen. Es habe bereits ein Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Amtes für Bauen und Wohnen des Kreises Heinsberg, Herrn Coenen, bezüglich der Förderung von Wohnraum gegeben. Die zu lösenden Probleme seien vielschichtig. Lösungsansätze müssten gut durchdacht werden. Die im Handout, das den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zur Verfügung gestellt wurde, aufgeführten Strategien und Maßnahmen könnten daher nicht abschließend sein.

Herr Weiler befand es problematisch, dass bis zum Ende des Jahrzehnts die meisten geförderten Wohnungen in Geilenkirchen aus der Wohnungsbindung und damit auch aus der Mietpreisbindung fallen würden. Dies würde eine weitere Verringerung an preiswerten Wohnraum nach sich ziehen. Leider sehe er keine neuen Investoren, die bereit wären, zusätzlichen, geförderten Wohnraum zu schaffen. So komme es, dass in Geilenkirchen barrierefreie Wohnungen zwar neu gebaut, dann jedoch vergleichsweise teuer vermietet würden.

Bürgermeisterin Ritterfeld befand, solche Beispiele seien geradezu ernüchternd. Sie sehe aber die Zukunft des Geilenkirchener Wohnungsmarkts bei Weitem nicht nur im hochpreisigen Segment. Man müsse versuchen, bei der Ausweisung von Neubauf Flächen, einen Anteil hiervon für geförderten Wohnungsbau vorzuhalten. Laut Herrn Coenen gebe es durchaus Investoren, die bereit wären, in Geilenkirchen geförderte Wohnungen zu errichten. Es fehle aber an dazu geeigneten Flächen. Über die Umwandlung von bisherigem Wohnraum wäre auch nachzudenken.

Ausschussvorsitzender Benden bemerkte, es sei an der Zeit vom Beratungs- in den Umsetzungsmodus zu kommen.

Herr Pütz teilte mit, in Geilenkirchen gebe es alte Liegenschaften, deren Eigentümer diese gerne in barrierefreien Wohnraum umwandeln würden. Problematisch sei dabei, dass einige dieser Objekte unter Denkmalschutz stünden. Bürgermeisterin Ritterfeld teilte diese Bedenken nicht. Die Bewahrung von denkmalgeschützten Objekten und ihre Weiterentwicklung in barrierefreien Wohnraum müssten nicht einander ausschließen.

## **TOP 2      Bericht über die künftige Ausrichtung der Integrationsarbeit Vorlage: 2469/2022**

I. Beigeordneter Brunen berichtete, die Verwaltungsvorlage sei vor 14 Tagen erstellt worden. Durch die Ereignisse der letzten Tage sei sie bereits überholt. Wegen eines anhaltenden personellen Engpasses habe die bisherige Integrationsbeauftragte Frau Wolf eine neue Aufgabe im Jugendamt übernommen. Möglich wurde dies, weil die Aufgaben, die sie zuvor in ihrer Funktion als Integrationsbeauftragte ausübte, sich verringert hatten. Die restlichen Aufgaben sollten Frau Hermanns-Wolter und Herr Kolaj erfüllen.

Durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine seien diese Überlegungen obsolet geworden. Die Ereignisse hätten insbesondere in den letzten Tagen die Verwaltung geradezu überrollt und noch sei nicht absehbar, was noch auf sie zukomme. Erfreulich sei in diesem Zusammenhang die Spendenbereitschaft der Bürgerschaft. Es seien zahlreiche Hilfsangebote zugunsten ukrainischer Flüchtlinge eingegangen. Dazu gehörten Wohnungsangebote, Kleidung, Kinderspielzeug, Hygieneartikel und Transporte zur ukrainischen Grenze, aber auch Angebote, zu dolmetschen. Um die Hilfsangebote zu bündeln, habe die Verwaltung eigens ein E-Mailpostfach eingerichtet. Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung prüften, wie sie ggf. in einem Netzwerk helfen könnten.

Erst heute seien die ersten 9 Flüchtlinge in Geilenkirchen angekommen. Es seien vier Frauen und 9 Kinder im Alter von 2 x 6, 9, 13 und 14 Jahren. Sie kamen alle zunächst bei Verwandten unter.

Zurzeit würden die ukrainischen Flüchtlinge vorwiegend dorthin gehen, wo sie bereits familiäre Bindungen hätten. Sie würden also von Privaten aufgenommen und versorgt. Hier stelle sich die Frage, wie man die Aufnehmenden finanziell unterstützen könne, da der Status der Flüchtlinge zurzeit noch nicht geklärt sei. Noch seien weder die Möglichkeit Sozialhilfeleistungen zu beantragen oder der Krankenversicherung geklärt. Weitere Fragen ergäben sich hinsichtlich der Beschulung oder des Kitabesuchs geflüchteter Kinder oder der Impfung gegen Covid 19.

Die Entwicklung intensiviere sich nahezu stündlich. Die Verwaltung habe daher kurzfristig entschieden, Frau Wolf in ihrem bisherigen Arbeitsbereich zu belassen. Sie werde sich gemeinsam mit Frau Hermanns-Wolter und Herrn Kolaj um die Unterbringung und Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge kümmern. Damit sei man zumindest in diesem Bereich zunächst einmal gut aufgestellt.

Der I. Beigeordnete wies auf die Friedensdemonstration der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule am morgigen Freitag im Bereich des Rathauses hin. Hierzu würden 500 Teilnehmer erwartet. Die Aktion wurde mit der örtlichen Polizeidienststelle abgestimmt. Bei all dem müsse auch beachtet werden, dass die Covid-19-Pandemie noch nicht zu Ende sei.

Erst die Flut im Sommer habe gezeigt, wie groß die Hilfsbereitschaft der Geilenkirchener Bevölkerung sei. In Mails an die Verwaltung würden Wohnungen, Dolmetscherdienste und vieles mehr angeboten. Allen Helfenden gelte sein Dank.

Ausschussvorsitzender Benden dankte für den Bericht. Es sei erfreulich, dass die aus Kiew Geflüchteten so gut und problemlos untergekommen seien. Aber dies sei sicher erst der Anfang der Entwicklung.

Bürgermeisterin Ritterfeld zeigte sich sehr froh, über die Welle der Hilfsbereitschaft aus dem privaten Bereich, die auf kurzen Wegen zustande komme. Ohne diese wäre so manche Herausforderung nicht zu stemmen - weder während der Flut, noch jetzt, in der sich anbahnenden, neuen Flüchtlingskrise. Allen, die Sachspenden leisteten, Flüchtlinge aufnahmen, Transporte organisierten oder Dolmetscherdienste leisteten gelte ihr Dank für die Unterstützung.

Frau Abels appellierte, die aufnehmende Familie nicht alleine zu lassen. Schließlich würden die neun Flüchtlinge auch beköstigt. Es gelte auch Fragen nach der Gesundheitsfürsorge und auch hinsichtlich Bürgertestungen zu klären.

Herr Pütz teilte mit, laut einer aktuellen Nachricht von 17.30 Uhr könnten Flüchtlinge aus der Ukraine ein einjähriges Aufenthaltsrecht ohne Asylverfahren erhalten.

Ausschussvorsitzender Benden meinte, diese sowie die anderen anstehenden Fragen würde die Verwaltung am morgigen Tag sicher sofort klären.

Herr Böken begrüßte die Erklärung des Herrn Pallaske, Flüchtlingskinder im Bischöflichen Gymnasium zu unterrichten. Zu gerne würde er es ihm gleichtun. Leider seien die Klassen an der ALG bereits voll. Für die Soforthilfe sei auch die Überwindung von Sprachbarrieren wichtig. Hier würden Lehrer und ältere Schüler seiner Schule Sprachunterricht anbieten.

Frau Savelsberg pflichtete bei, dass die Schulfrage wichtig sei, jedoch solle man die Flüchtlinge zuerst einmal ankommen lassen. Sie regte an, ein Spendenkonto einzurichten, wie anlässlich der Flut im Sommer.

Frau Brandt befand es erfreulich, dass flüchtenden Menschen unbürokratisch geholfen werde, jedoch stelle sich die Frage, wohin Flüchtlinge gehen sollten, die keine Verwandtschaft in Geilenkirchen hätten. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass sie aus einem brutalen Krieg, in dem auch Kriegsverbrechen begangen würden, hierher flüchteten. Es damit zu rechnen, dass viele von ihnen traumatisiert seien. Auf ihre entsprechende Frage teilte I. Beigeordneter Brunen mit, die Stadt halte für Flüchtlinge 40 – 50 Plätze vor, ohne zu wissen, was noch auf sie zukomme. Für Familien stelle die TAG eine große Wohnung am Berliner Ring zur Verfügung.

Bürgermeisterin Ritzerfeld unterstrich noch einmal, dass angesichts dessen, dass noch niemand wisse, wie viele Flüchtlinge nach Geilenkirchen kämen und der dynamischen Weiterentwicklung der Situation, die Verwaltung froh wäre über die privaten Hilfsangebote. In der derzeitigen Situation wäre es gut, wenn man darauf zurückgreifen könne. Selbstverständlich wolle man die Helfer nicht auf ihren Kosten sitzen lassen.

Frau Hennen regte an, die im Hochwasser erprobte Organisation wieder aufleben zu lassen. Mit Hilfe von Übersetzern sei eine sofortige Hilfe für die Flüchtlinge möglich.

Herr Kozikowski bot die über dem Pfarrheim befindliche Wohnung für die Nutzung durch Flüchtlinge an. Die Wohnung habe zwei Schlafzimmer.

Ausschussvorsitzender Benden dankte allen Anwesenden für ihr Engagement und ihre Hilfsbereitschaft. Evtl. könne die Presse den Aufruf wiederholen, Wohnungen, Dolmetscherdienste oder Sachspenden zur Verfügung zu stellen. Bei allem notwendigen und lobenswerten Engagement für die Flüchtlinge aus der Ukraine sollten aber die 190 bereits in der Stadt lebenden Flüchtlinge nicht vergessen werden.

### **TOP 3      Jahresbericht der Stadtbücherei für das Jahr 2021 Vorlage: 2470/2022**

Ausschussvorsitzender Benden verwies auf den eingehenden Bericht der Leiterin der Stadtbücherei, Frau Zaharanski, der der Sitzungseinladung beigefügt wurde. Frau Zaharanski sei anwesend, um evtl. Fragen, die sich zum Bericht ergeben würden, zu beantworten.

Es wurden keine Fragen aus der Mitte des Ausschusses vorgetragen.

Herr Benden lobte die Arbeit Frau Zaharanskis und ihres Teams, das bereits ein zweites schwieriges Jahr in der Corona-Pandemie bewältigen musste. Trotz der schwierigen Haushaltslage werde hier sehr gute Arbeit geleistet.

Der Ausschuss nahm den Jahresbericht der Stadtbücherei für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

**TOP 4      Neuregelung der Kriterien für die Ausstellung von Schülerjahreskarten für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II  
Vorlage: 2471/2022**

Ausschussvorsitzender Benden verwies auf die eingehende Vorlage des Amtes 40.

Herr Weiler bat auch für die Schülerinnen und Schüler aus der Ortschaft Hochheid die Schülerfahrkosten zu übernehmen. Zur Begründung führte er aus, der Schulweg werde zwar seitens der Polizei nicht als gefährlich definiert, jedoch läge die Ortschaft Hochheid relativ abseits, was einen recht langen Fußweg sowohl zur Realschule als auch zur ALG für die Schülerinnen und Schüler zur Folge habe. Hinzu komme, dass der Weg im Sommer von einem hohen Pflanzenbewuchs begrenzt werde. Da Hochheid 130 Einwohner habe, dürften nicht allzu viele Kinder aus dem Ort in den Genuss einer Schülerfahrkarte kommen. Die Kosten blieben somit überschaubar.

I. Beigeordneter Brunen wies darauf hin, die Entscheidung liege in der Verantwortung des Ausschusses. Der Schulweg von Hochheid zur Realschule betrage 3,5 km und werde seitens der Polizeibehörde als nicht gefährlich eingestuft.

Herr Speuser unterstützte den Antrag. Der Schulweg führe durch freie Felder. In Hochheid würden nur wenige Schüler\*Innen leben.

Ausschussvorsitzender Benden warnte, mit einer Erweiterung des von der Verwaltung erarbeiteten Beschlusses, Begehrlichkeiten in anderen Ortschaften zu wecken.

Herr Weiler widersprach, Hochheid sei eine Ausnahme aufgrund seiner Lage. Von den Problemen der Hochheider seien die Schüler\*Innen in anderen Orten nicht betroffen. Es sei daher gerechtfertigt, Hochheid in die Auflistung mit aufzunehmen.

Unter Hinweis auf die Haushaltslage fragte Frau Savelsberg wo man anfangen und aufhören wolle.

Bürgermeisterin Ritterfeld bestätigte, dass Hochheid relativ wenige Einwohner habe. Die Auswirkungen des Antrags blieben daher überschaubar. Sie verwies auf die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die Haushaltslage sei zwar noch nicht dramatisch, wenn man aber nicht aufpasse, laufe man Gefahr, dass die Stadt wieder ins Haushaltssicherungskonzept gerate. Sie stimme gerne freiwilligen Leistungen zu, sofern sie denn möglich seien. Das Verfahren zur Vergabe der Schülerfahrkarten sei im Ausschuss angeregt und von der Verwaltung kostenverantwortlich erarbeitet worden. Beachte man die Kostenfrage nicht und gerate die Stadt ins Haushaltssicherungskonzept, seien auch solche Leistungen nicht mehr möglich. Bis 2017 befand sich die Stadt bereits in dieser unangenehmen Situation. Sie müsste manchem Ausschussmitglied noch lebhaft in Erinnerung sein. Die noch nicht überschaubare, künftige Flüchtlingssituation werde den Haushalt zusätzlich belasten. Es gelte, die nächsten Jahre gut zu überstehen. Die magische 5 %-Hürde dürfe nicht gerissen werden. Es sei daher

unabdingbar, genau zu prüfen, welche Wünsche unbedingt erfüllt werden müssten und welche nicht.

**Beschlussvorschlag:**

- a) Hochheid wird mit auf die Liste der Ortschaften genommen, in denen Schülerfahrkarten in der Sekundarstufe I vergeben werden.
- b) dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 5 Bericht über das Aufnahmeverfahren an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2022/2023  
Vorlage: 2472/2022**

Ausschussvorsitzender Benden verwies auf die vor Sitzungsbeginn ausgelegte Tischvorlage.

Herr Böken teilte mit, dass Zahl der Anmeldungen bei der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule auf 120 erhöht werden müsse.

Der Ausschuss nahm die Schüleranmeldezahlen zur Kenntnis.

**TOP 6 Weiterführung der Sport- und Kulturkonferenz  
Vorlage: 2475/2022**

Ausschussvorsitzender Benden zitierte die Verwaltungsvorlage, wonach die Sport- und Kulturkonferenz zukünftig nur geplant und durchgeführt werden sollte, wenn seitens der Vereine ein konkreter Bedarf vorgetragen werde.

Herr Grundmann vermutete, die geringe Teilnehmerresonanz resultiere aus den Umständen, die sich infolge der Corona-Pandemie ergeben hätten. Sobald diese überwunden sei, werde das Interesse an der Sport- und Kulturkonferenz wieder steigen.

Herr Speuser berichtete, die Vorbereitung der Verwaltung zur vorletzten Konferenz war gut. Dennoch hätten sich nur 45 Teilnehmer eingefunden, obgleich gute und wichtige Themen behandelt wurden. Obwohl alle Vereine seitens der Verwaltung angeschrieben wurden, wurde das Angebot nur unzureichend angenommen. Der Vorschlag der Verwaltung sei daher nachvollziehbar.



Ausschussvorsitzender Benden sah ein Problem darin, dass in der Stadt kein funktionierender Stadtsportverband mehr vorhanden sei. Die weitere Durchführung der Sport- und Kulturkonferenz sei daher wichtig. Er regte an, die Verwaltung möge einmal im Jahr bei den Vereinen anfragen, ob Bedarf für die Durchführung einer solchen Konferenz vorhanden sei.

I. Beigeordneter Brunen erinnerte daran, dass dies in der Vergangenheit bereits so gemacht wurde. Ebenso wurde abgefragt, welche Themen auf der Konferenz behandelt wurden. Dennoch sei die Teilnahme gering gewesen und habe stetig abgenommen. Unter anderem könne dies auch daran liegen, dass die Vorstände in den Vereinen wechseln würden.

Herr Grundmann erklärte sich mit dem Vorschlag des Herrn Benden einverstanden.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einmal jährlich bei den örtlichen Sport- und Kulturvereinen schriftlich anzufragen, ob Bedarf für die Durchführung einer Sport- und Kulturkonferenz besteht.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **TOP 7      Anfragen**

Frau Hennen erläuterte, ein Geilenkirchener Ehepaar engagiere sich seit vielen Jahren im Rollschuhtanzsport und würde diesen Sport auch gerne in Geilenkirchen anbieten. Dies scheitere bislang an geeigneten Räumlichkeiten, da für die Ausübung dieses Sports ein geeigneter Bodenbelag erforderlich wäre.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, das Ehepaar und sein lobenswertes Engagement seien der Verwaltung bekannt. Die Einführung einer Rollschuhtanzgruppe wäre ein gutes Angebot für die Geilenkirchener Bürger\*Innen. Zur Durchführung bedürfe es aber zum einen geeigneter Hallenzeiten und zum zweiten eines geeigneten Fußbodenbelags.

Frau Wallbaum bestätigte, dass laut dem Stadtbetrieb der Bodenbelag in der Sporthalle der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule nicht geeignet sei. Es müsste zunächst geprüft werden, welche Voraussetzungen für die Durchführung des Sports gegeben sein müssten, um in einem zweiten Schritt die Umsetzung gezielt anzugehen.

Ausschussvorsitzender Benden stellte in den Raum, ob man in der künftigen Sporthalle in Gillrath den Bodenbelag so gestalten könnte, dass er auch für Rollschuhsport geeignet wäre.

Ausschussvorsitzender Benden beendete um 19.45 Uhr die Sitzung und dankte allen Anwesenden für die gute und zielführende Beratung.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

gez. Hans-Jürgen Benden

gez. Irmtrud Penners